



## Niederschrift

### 41. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 30.11.2005
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann Oberbürgermeister	SPD	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Friederich, Götz Thorsten	CDU	ab 17:06 Uhr
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	ab 17:10 Uhr
Herr Kruschat, Axel	Die Andere	

#### Nicht anwesend sind:

Herr Schröder, Michael	CDU	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1  
Frau Fischer, GB 2  
Frau E. Müller, GB 3  
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4  
Herr Klemund, Ortsbürgermeister Eiche  
Herr Menzer, Ortsbürgermeister Marquardt  
Frau Langenhoff, Ortsbürgermeisterin Groß Glienicke  
Herr Becker, Ortsbürgermeister Uetz-Paaren  
Herr Wartenberg, Ortsbürgermeister Fahrland  
Herr Reiter, Ortsbürgermeister Neu Fahrland  
Herr Dr. Wichels, Firma McKinsey & Company  
Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam  
Herr Böhme, Stadtwerke Potsdam

Herr Westphal, GEWOBA  
Herr Schmidt-Roßleben, GB 2  
Herr Liese, IFP  
Herr Gessner, FB Schule und Sport  
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt  
Herr Weise, GB 4  
Frau Hartmann, Beteiligungsverwaltung  
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters  
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1            Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 09. November 2005
  
- 2            Bericht zum Stand der Entwicklung der neuen Ortsteile  
Vorlage: 05/SVV/0762  
Oberbürgermeister
  
- 3            Betriebs- und Marketingkonzept Schiffbauergasse / ZKS  
Vorlage: 05/SVV/0675  
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Sport
  
- 4            Zukünftige Betriebsform für das Sportareal Luftschiffhafen  
Vorlage: 05/SVV/0721  
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
  
- 5            Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 05/SVV/0781  
Fraktion DIE LINKE. PDS
  
- 6            Integriertes Marketingkonzept  
Vorlage: 05/SVV/0821  
Fraktion BürgerBündnis
  
- 7            Suchtpräventionsprojekte aus Spielbankgewinnen  
Vorlage: 05/SVV/0835  
Fraktion Die Andere  
(zur Erledigung)
  
- 8            Externe Stellenbesetzung 'SB sektorale Stadtentwicklung'  
Vorlage: 05/SVV/0906  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
  
- 9            Straßenum- und Neubenennungen in Potsdam Bornstedt und im OT Marquardt  
Vorlage: 05/SVV/0907  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
  
- 10          Jahresabschluss zum 31.12.2002 des Eigenbetriebes Tierheim Potsdam  
Vorlage: 05/SVV/0961  
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

- 11 Sachstand Projekt 'Integriertes Finanzmanagement Potsdam'  
Vorlage: 05/SVV/0960  
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 12 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 81 Abs. 1 GO i.V.m. § 4 Nr. 2 Haushaltssatzung der Stadt Potsdam  
Vorlage: 05/SVV/0976  
Oberbürgermeister, GB Stadtentwicklung und Bauen
- 13 Mitteilungen der Verwaltung
- 13.1 Lokaler Mobilitäts- und Zeitpakt  
gemäß Vorlage: 04/SVV/0162  
aus HA 09.03.2005
- 14 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 09. November 2005**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, nach der Behandlung des Tagesordnungspunktes 2 über den neuesten Stand bezüglich des Freizeitbades zu berichten. Gegen die Aufnahme des o.g. Tagesordnungspunktes erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung wird mit dieser Ergänzung einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 40. Sitzung vom 09.11.2005 gibt es keine Änderungen; das Protokoll wird mit 13 Ja-Stimmen, bei zwei Stimmenthaltungen, bestätigt.

#### **zu 2 Bericht zum Stand der Entwicklung der neuen Ortsteile Vorlage: 05/SVV/0762**

Der Oberbürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Ortsbürgermeister und verweist auf die neu ausgereichte Fassung des Berichts, der mit den Hinweisen aus den Ortsteilen überarbeitet wurde. Nach zwei Jahren der Zusammenarbeit solle Bilanz gezogen werden, was in der Zusammenarbeit erfolgreich und was nicht erfolgreich war. Er schätze ein, die Zusammenarbeit habe sich verbessert und spricht seinen Dank dafür an die Ortsbürgermeister aus. KITAS und Begegnungsstätten hätten sich stabilisiert und im Jahr 2005 seien rund 4,5 Millionen Euro an Investitionen in die neuen Ortsteile geflossen. Trotzdem wisse man in der Stadt, dass nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten. Er bittet die Orts-

bürgermeister, zu dem vorliegenden Bericht Stellung zu nehmen und die Zusammenarbeit mit der Stadt aus ihrer Sicht einzuschätzen.

Die Ortsbürgermeister nehmen in ihren Redebeiträgen zu spezifischen Problemen in den Ortsteilen und zu den unterschiedlichen Voraussetzungen durch bestehende bzw. nicht bestehende Eingliederungsverträge Stellung.

Herr Reiter, Herr Menzer und Frau Langenhoff betonen, dass sie sich gut bei der Stadt aufgehoben fühlen, insbesondere auch durch die gute Betreuung durch das Büro der Stadtverordnetenversammlung.

Herr Klemund, Herr Wartenberg und Frau Langenhoff fordern die Stadtverordneten auf, an den Ortsbeiratssitzungen teilzunehmen, um einen besseren Eindruck von den ortsteilspezifischen Themen zu bekommen.

Zum Zusammenwachsen gehöre es auch, aufeinander zuzugehen und die Probleme in den Ortsteilen zu kennen. So verweist Herr Becker auf den dörflichen Charakter von Uetz-Paaren und damit zusammenhängend eine andere Struktur und ein anderes Flair dieses Ortsteils. Er wünsche sich, mehr gefragt und in Entscheidungen einbezogen zu werden.

Herr Menzer sieht für die Ortsteile, die keinen Vertrag abgeschlossen haben, eindeutige Nachteile. Die Arbeit des Ortsbeirates habe formal demokratischen Charakter, bewirke aber wenig Veränderung. Die Begründung seien immer fehlende finanzielle Mittel, die aber seiner Meinung nach andererseits wieder „rausgeworfen“ werden. Speziell beim Flächennutzungsplan könne es nicht sein, dass sich die Entwicklung auf nur 3 Ortsteile konzentriere.

Herr Wartenberg merkt an, dass die Mitteilungsvorlage nach Einarbeitung der Hinweise aus den Ortsbeiräten an Qualität gewonnen habe.

Frau Langenhoff sieht Groß Glienicke durch den gut verhandelten Eingliederungsvertrag in einer besonderen Rolle, die es auch zu erhalten gelte. Allerdings sollten die Belange der Ortsteile in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung mehr Aufmerksamkeit erfahren. So könne sie sich einen monatlichen Bericht im Rahmen der Sitzungen vorstellen.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass seine Fraktion den Bericht beantragt habe und vom Ergebnis enttäuscht sei. Eine Analyse des gegenwärtigen Standes sei nur möglich, wenn ein derartiger Bericht gemeinsam mit den Ortsteilen und den Ortsbürgermeistern erarbeitet werde. Da bei diesem Bericht nur die Grundstruktur beredet wurde, bleibe es bei einer nüchternen statistischen Wiedergabe. Ihm fehlen abgeleitete Schlussfolgerungen, wie die Eingemeindung als Prozess gestaltet werden solle. Um eine gewisse Stetigkeit zu erreichen, sollte dieser Bericht einmal jährlich der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben werden. Er sehe eine Differenz zwischen den Erwartungshaltungen der Bürger gegenüber den Ortsbeiräten und deren tatsächliche Kompetenzen. Daraus leite sich die Frage ab, ob die Ortsbeiräte für die Stadt etwas Dauerhaftes sei, was unterstützt und gefördert werde oder etwas Vorübergehendes. Die positive Resonanz bezüglich der Unterstützung des Büros der StVV sei sehr erfreulich, da er hier Schwierigkeiten befürchtet habe; es sei etwas anderes, eine Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten als einen Ortsbeirat zu betreuen.

Herr Schubert betont, dass das Zusammenwachsen dauern werde und stimmt dem Vorschlag zur Fortschreibung des Berichtes zu. Zur Qualität des Berichtes könne man unterschiedlicher Meinung sein, was sich aus der Sichtweise des Einzelnen ableite. Bezüglich der Aussagen zu fehlenden Investitionen meine er, keine Zusagen machen zu können, wenn die entsprechenden Mittel nicht da seien.

Eine Ungleichstellung gebe es nicht nur zwischen den einzelnen Ortsteilen, sondern auch zu anderen Stadtteilen, wie z.B. den Neubaugebieten.

Herr Klemund sieht es als schwierig an, die Stimmung in den Ortsteilen in einem Bericht deutlich zu machen und spricht sich gegen eine regelmäßige Berichterstattung der Ortsteile in der StVV aus. Eine Stärkung der Ortsbeiräte könne durch Investitionen sichtbar gemacht werden, um für die Bürger das Zusammenwachsen spürbar zu machen.

Herr Dr. Gunold fragt nach dem Stand der Bahnunterquerung in Golm und erklärt sich mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters einverstanden, einen entsprechenden Bericht in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zur Kenntnis zu geben.

Herr Cornelius meint, dass die Ortsteile Satzkorn, Uetz-Paaren und Marquardt mit der Entwicklung des Friedrichsparks auch einen Erfolg zu verzeichnen hätten, was nicht vergessen werden sollte.

Der Oberbürgermeister verweist abschließend darauf, dass die entstandene Ungleichbehandlung durch vorhandene bzw. nicht vorhandene Eingliederungsverträge bereits mehrmals diskutiert wurde. Eine Veränderung sei aber durch die bestehenden rechtlichen Regelungen nicht möglich. Da es sich um Übergangsregelungen handle, werden auch die anderen Ortsteile früher oder später angepasst. Darüber hinaus meine er, dass zwischen konkreten Problemen und strukturellen Problemen der Ortsbeiräte, wie z.B. die Frage, wie es mit den Ortsbeiräten weitergehe, differenziert werden müsse. Letztere sollten Gegenstand der Berichterstattung und Diskussion im Hauptausschuss sein, erstere sollten auf der Ebene der Ortsbeiräte verbleiben. Eine jährliche Berichterstattung halte er für sinnvoll, wobei diese nicht immer in schriftlicher Form erfolgen müsse. Er fordert die Stadtverordneten auf, der Einladung der Ortsbürgermeister zu folgen, um die Diskussion in den Ortsteilen nachvollziehen zu können.

## **neu Bericht zur Entwicklung des Freizeitbades**

Der Oberbürgermeister informiert über die Festlegung des Wirtschaftsministers, die Entscheidung zum Freizeitbad am 12.12.2005 nicht auf die Tagesordnung der Sitzung des Fördermittelausschusses zu nehmen. In einem Gespräch mit Herrn Minister Junghans, Herrn Paffhausen und ihm selbst wurde die Entscheidung damit begründet, dass der Entwurf architekturdominierend sei und einer Veränderung bedürfe sowie die aus der Bauart entstehenden Betriebskosten zu hoch seien. Dies, so der Oberbürgermeister, sei zu bedauern, da an dem Projekt schon lange gearbeitet und kontinuierlich mit allen Beteiligten abgestimmt wurde. Ein positives Signal wurde dahingehend gegeben, dass ein Freizeitbad in Potsdam grundsätzlich förderfähig sei, d.h., die diskutierte Konkurrenzsituation mit anderen Bädern nicht zur Debatte stehe, es keine Forderung an die Stadt zur Deckelung der Kosten gebe und das Vorhaben „Niemeyer“ grundsätzlich förderfähig sei, jedoch einer Überarbeitung bedürfe. Darüber hinaus gelte die bisher genannte Dateline für die Inanspruchnahme von Fördermitteln unter Berufung auf die Koalitionsverhandlungen in Berlin nicht mehr und sie sei durch die Umschichtung der Fördermittel auch darüber hinaus gültig.

Als nächsten Schritt sehe er die Überarbeitung des Niemeyer-Entwurfs und die Anpassung des Vorhabens an die gegebenen Bedingungen einer geringeren Investitionssumme. Sollte das nicht gehen, müsse man sich mit Alternativen auseinandersetzen, die mit dem Wirtschaftsministerium abzustimmen sind, um nicht wieder „umsonst“ zu arbeiten.

In der sich anschließenden Diskussion spricht sich Herr Kruschat für eine Abspeckung des Vorhabens aus, was seiner Meinung nach auch im Sinne der Stadt sei. Fraglich sei, inwieweit das Niemeyer-Projekt erhalten bleiben könne.

Herr Schüler bedauert die Entscheidung des Wirtschaftsministeriums, da es sich hier um ein attraktives Projekt für das Land Brandenburg gehandelt habe. Die Entscheidung des Ministeriums sei spät und überraschend gekommen; die Frage, warum Potsdam sich für einen Niemeyer-Entwurf entschieden habe, hätte auch wesentlich früher gestellt werden können. Er sei dafür, das Projekt fallen zu lassen und lieber keinen Niemeyer als einen halben zu haben. Die vorhandene Schwimmhalle sollte erneuert werden und in 20 Jahren könne man erneut über ein Niemeyer-Projekt nachdenken.

Herr Dr. Scharfenberg meint, die Stadt solle gedanklich einen neuen Ansatz suchen – das entspreche dem Anliegen des Wirtschaftsministers. Er habe den Eindruck, die Stadt „fühle sich unverstanden“, was aber falsch sei. Bei einer gründlichen Analyse wäre die Entwicklung absehbar gewesen, da es ausreichende Warnungen und „Einschnittsituationen“ gegeben habe. Im Weiteren spricht sich Herr Dr. Scharfenberg für eine Deckelung der Kosten aus und regt an, auch über andere Standorte nachzudenken. Entsprechend der Aussagen im Finanzausschuss des Landtages, werde die Förderung von einer hohen Funktionalität des Freizeitbades abhängig gemacht, so dass daran ebenso gearbeitet werden müsse.

Herr Schubert stimmt den Aussagen zu, dass die Entscheidung des Ministers überraschend war. Trotzdem müsse man jetzt die weiteren Schritte ruhig überlegen; die Entscheidung, ob ein Niemeyer umsetzbar sei oder nicht, müsse geklärt werden. Der Architekt selbst entscheide, wie lange ein Niemeyer ein Niemeyer sei. Allein die Funktionalität zu betrachten, könne für den exponierten Standort auch nicht gut sein.

Frau Bankwitz betont, sie könne sich kaum vorstellen, die Kosten für den Entwurf von 48 auf rund 30 Millionen Euro zu kürzen. Für sie liege der Schwerpunkt in der Funktionalität des Bades – jedoch in einem anspruchsvollen Gebäude. Die Funktionalität dürfe nicht zu Lasten der äußeren Gestaltung gehen.

Herr Friederich meint: „aufgeben gelte nicht“. Das Wirtschaftsministerium habe den Rahmen vorgegeben, in dem man sich bewegen müsse. Er spricht sich für ein Freizeitbad am Brauhausberg aus, was sich architektonisch einfüge.

Herr Mühlberg fragt nach, ob die Aussage des Wirtschaftsministeriums auf Grundlage der baufachlichen Prüfung getroffen wurde oder es sich hier um eine subjektive Aussage handle. Der Oberbürgermeister verweist auf den sich ergebenden Mehraufwand an Betriebskosten durch die Aufteilung der Funktionen des Bades, was aber nicht bedeute, dass es nicht vertretbar sei. Das Ergebnis der baufachlichen Prüfung liege im ersten Durchgang vor, spreche aber nicht dagegen.

Herr Bretz bewertet die Kritik am Wirtschaftsministerium als unfair, da kein Vertreter anwesend sei. Seiner Meinung nach habe auch die überregionale Presse eine Rolle gespielt. Er meine, Potsdam solle sich eindeutig und einhellig für ein Freizeitbad aussprechen, da dies auch eine Signalwirkung in Richtung Landesregierung habe. Die jetzige Situation solle nicht für politische Auseinandersetzungen genutzt werden.

Frau Dr. Schröter fragt nach dem zeitlichen Rahmen, den sich der Oberbürgermeister vorstelle. Potsdam habe mehrere Beispiele dafür, dass auch mit einer Deckelung der Kosten ein anspruchsvolles Projekt durchzuführen sei und nennt hier das Theater und den Nikolaisaal. Entscheidend seien die finanziellen Möglichkeiten, die die Stadt habe.

Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass er noch vor Weihnachten mit dem Wirtschaftsministerium und mit dem Wirtschaftsminister ins Gespräch kommen

wolle, um zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein Niemeyer-Entwurf umsetzbar sei und er hoffe, bereits in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses eine Aussage treffen zu können.

Daraufhin meint Herr Dr. Scharfenberg, dass die Situation nicht „schön geredet“ werden dürfe. Im öffentlichen Raum heiße es, das Freizeitbad am Brauhausberg sei „geplatzt“. Für ihn stelle sich die Frage, wer die Verantwortung dafür übernehme, ein Jahr „in die falsche Richtung“ gegangen zu sein. Er spricht sich dafür aus, möglichst schnell eine neue Ausgangsbasis als Voraussetzung für weitere Überlegungen zu schaffen.

Dem widerspricht Frau Bankwitz – das Jahr sei nicht sinnlos veran.

Herr Kruschat meint, man solle das Projekt neu starten. Er sei für die Entscheidung dankbar, da die Investitionskosten zu gering angesetzt, die Folgekosten falsch eingeschätzt und auch die zu erwartenden Besucherzahlen nicht richtig waren.

Herr Dr. Gunold verweist darauf, dass viele Potsdamer nicht für ein Freizeitbad seien.

Abschließend skizziert Herr Paffhausen die nächsten Schritte und verweist darauf, dass es bereits Gespräche mit dem Architekten gegeben habe. Es gelte, die Funktionalität beizubehalten und weiter zu optimieren. Für eine Überarbeitung brauche man die Rahmenbedingungen aus dem Wirtschaftsministerium.

### **zu 3      Betriebs- und Marketingkonzept Schiffbauergasse / ZKS Vorlage: 05/SVV/0675**

Frau Fischer verweist auf den geänderten Beschlusstext aus der Kulturausschusssitzung vom 29.11.05, der an alle Hauptausschussmitglieder ausgereicht wurde.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. das vorgeschlagene Betriebs- und Marketingkonzept entsprechend dem Stufenverfahren in der 1. Stufe umzusetzen; dabei ist der KIS mit dem Facility-Management zu beauftragen. Der KIS hat die Kosten bedarfsgerecht und einzelfallorientiert nachzuweisen.
2. für die 1. Stufe entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen und die Deckungsquellen im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung 2006 aufzuzeigen;
3. die Kosten für die 2. Stufe ab 2008 und im Weiteren zu spezifizieren und im Rahmen des jeweils vorgegebenen Budgets des GB 2 zu berücksichtigen;
4. die Mitfinanzierung aus dem Hauptstadtvertrag mit dem Land zu verhandeln und zu sichern;
5. das Marketing in 2005 zu sichern;
6. die Rechte an der Marke „Schiffbauergasse“ zu sichern;
7. Das Konzept „Marketingstrategie und Dachmarke für den Standort Schiffbau-

ergasse Potsdam“ von 2004 bildet die Grundlage des Marketings. Diese Studie wurde auch von den Nutzern vor Ort diskutiert und fand breite Zustimmung.

Auf der Grundlage der geplanten Mittel und des o. g. Konzeptes werden die operativen Marketingleistungen öffentlich ausgeschrieben. An der Ausschreibung können sich auch die Träger vor Ort einzeln oder als Marketinggemeinschaft beteiligen.

Aus dem Konzept „Marketingstrategie und Dachmarke für den Standort Schiffbauergasse Potsdam“ und der in dieser Beschlussvorlage vorgelegten Budgethöhe ist durch den Ausschreibungsteilnehmer Schiffbauergasse gemäß Standortmarketingkonzept ein konkret umsetzbarer und auf die Vor-Ort-Planungen der Nutzer abgestimmter und ergänzender Aktivitäten- und Maßnahmenplan zu entwickeln. Dieser muss die Marketinginstrumente und deren genaue

- inhaltliche
- zeitliche und
- finanzielle Umsetzung enthalten.

8. In den Verträgen mit gewerblichen Nutzern (Gastronomie und Kulturgewerbe) an der Schiffbauergasse ist anzustreben, dass diese sich an der gemeinsamen Vermarktung des Standortes Schiffbauergasse anteilig finanziell beteiligen.

Ferner wird in einer noch näher zu definierenden Zielvereinbarung angestrebt, Werbepartner für die Dachmarke Schiffbauergasse zu akquirieren.

**Abstimmungsergebnis:**

mit Stimmenmehrheit angenommen,  
bei 2 Stimmenthaltungen

**zu 4      Zukünftige Betriebsform für das Sportareal Luftschiffhafen  
Vorlage: 05/SVV/0721**

Der Oberbürgermeister verweist auf den vom Ausschuss für Bildung und Sport vorgeschlagenen geänderten Beschlusstext, dem der Ausschuss für Finanzen ebenfalls zugestimmt habe.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Sportareal Luftschiffhafen ab 1. Januar 2006 als Regiebetrieb im Geschäftsbereich 2, unter Leitung des FB 21 Schule und Sport, zu führen und dafür die organisatorischen und personellen Voraussetzungen zu schaffen.

Während des Haushaltsjahres 2006 sind die Einnahmen und Ausgaben des Regiebetriebes zu analysieren und kritisch zu betrachten. Im Ergebnis der Prüfungen sind Maßnahmen zu erarbeiten, die eine weitere Senkung des städtischen Zuschusses ermöglichen.

Der Geschäftsbereich 2 wird beauftragt, alle vor Ort tätigen Sportorganisationen in die Diskussion um die Zukunft des Sportareals Luftschiffhafen einzubeziehen.

Im Oktober 2006 ist der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	13
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

**zu 5 Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 05/SVV/0781**

Die Diskussion eines Leitbildes für die Stadt Potsdam, so der Oberbürgermeister, wurde in den vergangenen Jahren bereits geführt; aber aus terminlichen Gründen im Jahr 2003 abgebrochen. Aus seiner Sicht könne man an dem Diskussionsstand nicht nahtlos anschließen, weil sich in der Stadt eine Entwicklung vollzogen habe, die es zu berücksichtigen gelte. Sicher sei es notwendig, für die Stadt ein Leitbild zu entwickeln; allerdings werden durch große Projekte wie die Einführung der Doppik, die Bürgerkommune, Bürgerhäuser u.ä. zahlreiche Kräfte in der Verwaltung gebunden, die es kaum ermöglichen, ein weiteres Projekt in Angriff zu nehmen und erfolgreich abzuschließen. In der letzten Klausurtagung mit den Fachbereichsleitern habe diese Problematik ebenfalls eine Rolle gespielt und man habe in Zusammenarbeit mit der Uni Potsdam Erfahrungen und Ergebnisse anderer Städte diskutiert. Dabei habe sich gezeigt, dass eine breite Diskussion dieses Themas zu einem positiven Ergebnis führe. Insofern sehe er einen engen Zusammenhang mit der Entwicklung Potsdams zur Bürgerkommune und schlägt vor, die Diskussion um ein Leitbild in die Diskussion um die Bürgerkommune zu integrieren. In einer der ersten Sitzungen des Hauptausschusses im Jahr 2006 könnte die Verwaltung die Ergebnisse der genannten Diskussion sowie die Erfahrungen anderer Städte präsentieren und gemeinsam mit den Hauptausschussmitgliedern überlegen, wie eine breite Diskussion umgesetzt werden könne. Er schätze ein, dass das Projekt „Leitbild“ allerdings erst 2007 mit „tatkräftiger“ Unterstützung der Stadtverordneten in Angriff genommen werden könne.

Frau Dr. Schröter stimmt den Ausführungen des Oberbürgermeisters zu, nicht nahtlos an den bisherigen Diskussionsstand anknüpfen zu können. So habe die Stadt schon allein bei der Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2010 eine Entwicklung vollzogen und so müsse man diskutieren, was sich seit 2003 verändert habe. Unter der Maßgabe einer erneuten Bewerbung als Kulturhauptstadt finde sie 2007 zu spät.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass eine mechanische Herangehensweise nicht geeignet sei und stimmt der Aussage des Oberbürgermeisters zu, die Diskussion um das Leitbild mit der Diskussion um die Bürgerkommune zu verbinden.

Herr Schubert gibt zu bedenken, dass derzeit die Beratung der Haushaltssatzung 2006 laufe und eine Diskussion vorbereitet werden müsse. Er schlägt vor, das I. Quartal 2006 in den Antrag aufzunehmen.

Nach einem Meinungsaustausch zur Terminsetzung wird der Februar 2006 vorgeschlagen und durch die Antragstellerin übernommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Voraussetzungen für die Erarbeitung eines Leitbildes für die Landeshauptstadt Potsdam zu schaffen. Dazu ist die 2002 begonnene Diskussion wieder aufzunehmen.

Der Hauptausschuss ist im **Februar** 2006 darüber zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**zu 6 Integriertes Marketingkonzept**

**Vorlage: 05/SVV/0821**

Frau Bankwitz bringt die Vorlage ein und betont, dass es um ein auf die ganze Stadt und nicht nur auf einen Standort bezogenes Konzept gehe. Dabei seien mehrere Felder zusammenzuführen und das Konzept fortzuschreiben.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein integriertes Marketingkonzept für Wirtschaft, Tourismus, Wissenschaft, Sport und Kultur zu entwickeln.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**zu 7 Suchtpräventionsprojekte aus Spielbankgewinnen**

**Vorlage: 05/SVV/0835**

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Erledigung in den Hauptausschuss überwiesen habe. Herr Exner betont in seinen Ausführungen, dass es bereits umfassende Programme für die Suchtprävention gebe, so u.a. auch ein von Charité betreutes Programm zur Spielsucht. Dazu werde die Kooperation mit örtlichen Hilfesystemen gesucht. Er schlage deshalb vor, den Beschlusstext in folgendem Wortlaut anzunehmen:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Gespräch mit der Brandenburgischen Spielbanken GmbH & Co KG zu suchen und die dortige Bereitschaft zur Unterstützung von Potsdamer Suchtpräventionsprojekten anzustreben. Die Präventionsprojekte sollten insbesondere zur Aufklärung über die Gefahren nicht stoffgebundener Suchterkrankungen (z.B. pathologisches Glücksspiel) dienen.*

Herr Kruschat übernimmt den geänderten Beschlusstext namens seiner Fraktion.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Gespräch mit der Brandenburgischen Spielbanken GmbH & Co KG zu suchen und die dortige Bereitschaft zur Unterstützung von Potsdamer Suchtpräventionsprojekten anzustreben. Die Präventionsprojekte sollten insbesondere zur Aufklärung über die Gefahren nicht stoffgebundener Suchterkrankungen (z.B. pathologisches Glücksspiel) dienen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 8 Externe Stellenbesetzung 'SB sektorale Stadtentwicklung'**  
**Vorlage: 05/SVV/0906**

Frau Dr. von Kuick-Frenz bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 461 000 16 Sachbearbeiter/in sektorale Stadtentwicklung im Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung, Bereich Stadtentwicklung- Verkehrsentwicklung (4), wird mit dem Stellenwert: III Fg.1c BAT-O (künftig: Entgeltgruppe 11 nach TVöD) zur Besetzung für zwei Jahre mit 36 Wochenstunden befristet intern und extern ausgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	14
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

**zu 9 Straßenum- und Neubenennungen in Potsdam Bornstedt und im OT Marquardt**  
**Vorlage: 05/SVV/0907**

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Potsdam-Bornstedt

Der von der Kirschallee nordöstlich abzweigende Stichweg wird umbenannt in „**Neue Kirschallee**“.

Potsdam-Marquardt:

Die Erschließungswege des B-Planes 8 (2. Änderung) „Fahrländer Straße“ werden benannt in „**Schoriner Weg**“ und in (erweitert) „**Spielstraße**“.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

**zu 10 Jahresabschluss zum 31.12.2002 des Eigenbetriebes Tierheim Potsdam**  
**Vorlage: 05/SVV/0961**

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass der Hauptausschuss hier als

Werksausschuss der Stadtverordnetenversammlung eine Empfehlung gebe.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2002 des Eigenbetriebes Tierheim Potsdam wird gemäß § 7 Nr. 4 Eigenbetriebsverordnung (EigV) festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe 430,58 € wird durch die Auflösung der allgemeinen Rücklage in der entsprechenden Höhe ausgeglichen.
3. Dem Werkleiter, Herrn Detlev Wenzel, wird für das Wirtschaftsjahr 2002 Entlastung gemäß § 7 Nr.5 EigV erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 13  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

**zu 11 Sachstand Projekt 'Integriertes Finanzmanagement Potsdam'  
Vorlage: 05/SVV/0960**

Herr Liese erläutert die Mitteilungsvorlage und verweist in seinen Ausführungen auf die Bewertung des Gesamtprojektes mit einer gelben Ampel. Das ergebe sich daraus, dass in fast allen Teilprojekten Terminverschiebungen aufgetreten seien, die aber nach Einschätzung der Gesamtprojektleitung den Zeitplan insgesamt nicht gefährde. Im Weiteren führt er aus, dass für den Februar/März 2006 ein weiterer Workshop mit der Politik geplant sei, der sich insbesondere der Haushaltsplanung 2007 widmen werde.

Herr Dr. Scharfenberg merkt in der anschließenden Diskussion an, dass er bei gewissen Formulierungen Schwierigkeiten habe zu wissen, worum es gehe. Dadurch sei der Umgang mit der Problematik für Stadtverordnete schwierig. In weiteren Berichten bittet er, dies zu berücksichtigen und die Informationen „handlicher und nachvollziehbarer“ anzubieten. Auf seine Nachfrage, ob der gegenwärtige Stand in den anderen Modellkommunen ähnlich sei, antwortet Herr Liese, dass ein Vergleich insofern schwierig sei, weil Potsdam z.B. die Haushaltsumstellung erst ein Jahr später vollziehe als die anderen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 12 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 81 Abs. 1 GO  
i.V.m. § 4 Nr. 2 Haushaltssatzung der Stadt Potsdam  
Vorlage: 05/SVV/0976**

Frau Dr. von Kuick-Frenz bringt die Vorlage ein.

Auf die von Frau B. Müller gestellte Nachfrage, warum derartige Verbindlichkeiten nicht im Haushalt eingestellt werden, antwortet Herr Exner, dass die Stadt bei der

Aussicht auf Klageerfolg die Mittel nicht einstellt, weil sie ja davon ausgehe, diese nicht zahlen zu müssen. Das entspreche der kameralistischen Haushaltsführung. In dem jetzt vorliegenden Fall wurde jedoch deutlich, dass eine Weiterführung des Verfahrens nicht sinnvoll sei.

Der Hauptausschuss beschließt:

Gemäß § 81 Abs. 1 GO i.V.m. § 4 Nr. 2 Haushaltssatzung der Stadt Potsdam wird einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 146.678,00 € für die Zahlung von Zinsen zur Fördermaßnahme Erschließung des Kirchsteigfeldes zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

**zu 13      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 13.1    Lokaler Mobilitäts- und Zeitpakt  
gemäß Vorlage: 04/SVV/0162**

Der Oberbürgermeister bittet, diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen und in der nächsten Hauptausschusssitzung am 14.12.2005 zu behandeln.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 14      Sonstiges**

Frau Bankwitz äußert ihren Unmut über eine Berichterstattung der PNN, in der getitelt worden sei, „Stadtverordnete haben keine Ahnung und wissen es nicht einmal“. Sie empfinde das als „Frechheit“ und erwarte von der Zeitung eine Entschuldigung.

Herr Dr. Gunold bittet um eine Stellungnahme zu den Problemen der Bürger bezüglich des Straßenausbaus in der Virchowstraße. Herr Schubert verweist darauf, dass die SPD-Fraktion Frau Dr. von Kuick-Frenz bereits um eine Stellungnahme gebeten habe. Der Oberbürgermeister schlägt vor, diese Problematik in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses auf Grundlage der Stellungnahme zu beraten.

Frau Dr. Schröter erinnert an ihre Nachfragen zum Denkhäus und verweist auf Veröffentlichungen in der MAZ bezüglich der Kostendeckung. Der Oberbürgermeister schlägt vor, einen Bericht zum Stand Pro-Wissenschaft in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu geben.

Im Weiteren fragt Frau Dr. Schröter nach dem Stand der Gespräche mit der Deutschen Bahn bezüglich der Zugänglichkeit des Kaiserbahnhofs für die Öffentlichkeit. Der Oberbürgermeister berichtet über ein Gespräch mit einem Vertreter der DB AG, zu dem es aber noch keinen Rücklauf gebe.

Herr Dr. Scharfenberg kritisiert die nicht fristgerechte Beantwortung der Kleinen Anfragen. Seine Fraktion habe festgestellt, dass von 34 Kleinen Anfragen nur 10 fristgerecht beantwortet wurden. Er fordert den Oberbürgermeister auf, die Geschäftsordnung einzuhalten und auf die Verwaltung entsprechend einzuwirken.

Frau B. Müller ergänzt die Ausführungen und merkt an, dass es seitens der Fraktion Die Andere eine mündliche Beschwerde an sie gebe, dass die Fragen gar nicht, ausweichend oder unzureichend beantwortet werden. Das führe zu einer wiederholten Fragestellung, die für die Verwaltung dann wiederum Mehrarbeit verursache. Deshalb schließe sie sich der Forderung an, die Kleinen Anfragen sowohl inhaltlich als auch zeitlich korrekt zu beantworten.

Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass er über die Beigeordnetenkonferenz die Fristeneinhaltung kontrolliere. Allerdings häufe sich in der Verwaltung der Unmut über die Häufigkeit der Kleinen Anfragen und den damit verbundenen Zeit- und Arbeitsaufwand. Er schlage eine Diskussion dazu im Rahmen einer Sitzung des Ältestenrates vor.

Herr Schubert verweist darauf, dass das Fragerecht für die Stadtverordneten nicht beschnitten werden dürfe, da sie laut Gemeindeordnung die Rechte der Kontrolle der Verwaltung haben.

Gegen den Vorschlag der Diskussion im Ältestenrat erhebt sich kein Widerspruch.